



Der SED-Staat

Geschichte und
Strukturen der DDR

1949–1990

KLAUS SCHROEDER

Der SED-Staat
Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990

Klaus Schroeder

Der SED-Staat

Geschichte und Strukturen
der DDR 1949–1990



2013

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

3., vollständig überarbeitete und stark erweiterte Neuauflage

© 2013 by Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

© 2013 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Redaktion: Monika Franz, Jan-Alexander Liedtke

Einbandgestaltung: Peter Frommann, Köln

Satz: Comtex Mediendesign, Augsburg

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH, Zwickau

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-412-21109-7

Meiner Frau Monika

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zur vollständig überarbeiteten und stark erweiterten Neuauflage XVI
Vorbemerkung zur ersten Auflage XXI

A Politisch-historische Entwicklung der SBZ/DDR 1945–1990

I Das Ende der Nazi-Herrschaft 1944/45 und die Politik der Alliierten 1
Zusammenfassung 1
Chronik 3
1. Erwägungen und Pläne der Anti-Hitler-Koalition zur Neuordnung Deutschlands 5
2. Die Nachkriegsplanungen der KPD 9
3. Die Etablierung sowjetischer Herrschaft in Ostdeutschland durch die SMAD 21

II Die verordnete Diktatur: Der Aufbau der „Volksdemokratie“ 1945–1949 25
Zusammenfassung 25
Chronik 28
1. Die Gründung der Parteien und die Durchsetzung der führenden Rolle der Kommunisten 34
a) Die Parteienlandschaft 1945/46 34
b) Die Gründung der SED 38
c) Die Gründung von DBD und NDPD 46
d) Die Gründung gesellschaftlicher Organisationen 48
e) Der Übergang von der SBZ zur DDR: Blockparteien und Massenorganisationen unter Führung der SED 52
2. Die Sowjetisierung der Gesellschaft 53
a) Wirtschaft 53
b) Bildungswesen 57
c) Die politischen Parteien und die Umgestaltung der Gesellschaft 59
3. Wiederaufbau von Verwaltungsstrukturen und die Grundlegung des ostdeutschen Staates 60

4.	Die SED auf dem Weg zu einer „Partei neuen Typs“	65
5.	Entnazifizierung und Ausschaltung der Opposition	73
III	Die Gründung der DDR 1949	79
	Zusammenfassung	79
	Chronik	81
1.	Die Zementierung der Spaltung	83
2.	Die SED als marxistisch-leninistische Partei	85
3.	Die Staatsgründung	86
IV	Die Etablierung der SED-Herrschaft und der Aufbau des staatlichen Gewaltapparates 1949–1960 – Krisen und Konsolidierung	93
	Zusammenfassung	93
	Chronik	95
1.	Der Aufbau des Sozialismus	110
	a) Internationale Rahmenbedingungen	110
	b) Die Formierung der SED als Staatspartei	114
	c) Die Disziplinierung der Blockparteien und Massenorganisationen	116
	d) Die Kirchenpolitik der SED	120
	e) Der Sicherheitsapparat	121
	f) Die Justiz als Instrument der SED	123
	g) Die Umgestaltung der Wirtschaft	126
	h) Die ideologiezentrierte Umgestaltung der Gesellschaft	131
2.	Zeit der Krisen: Der 17. Juni 1953	137
	a) Der Weg in die Krise	137
	b) Die Volkserhebung	141
	c) Die Bewältigung der Krise	146
3.	Zaghafte Entstalinisierung und die Stabilisierung Ulbrichts	152
	a) Die Integration in den sowjetischen Block und der XX. Parteitag der KPdSU	152
	b) Der ungarische Volksaufstand und die verschärfte Repression in der DDR	157
	c) Der zweite Anlauf zum „Aufbau des Sozialismus“	166
V	Vom Mauerbau zur Entspannungspolitik – die Konsolidierung des sozialistischen Staates 1961–1971	173
	Zusammenfassung	173
	Chronik	175

1.	Der Mauerbau	187
	a) Außenpolitische Rahmenbedingungen	187
	b) Innenpolitische Schwierigkeiten der DDR	189
	c) Die Mauer	192
	d) Folgen des Mauerbaus	199
2.	Sozialismus in einem eingemauerten Land	202
	a) Reformversuche in Staat und Gesellschaft	202
	b) Die Simulation des Marktes als Wirtschaftsreform: NÖSPL	207
3.	Das Scheitern der Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus . . .	213
4.	Die Festschreibung der führenden Rolle der SED in der Verfassung von 1968	218
5.	Deutsch-deutsche Beziehungen im Wandel	219
6.	Die DDR am Ende der Ära Ulbricht	228
VI	Der Beginn der Ära Honecker – eine Zeit der Versprechungen und Hoffnungen 1971–1975	231
	Zusammenfassung	231
	Chronik	233
1.	Dramaturgie des Machtwechsels	239
2.	Die Sicherung der Macht	244
3.	Kulturpolitische Lockerungen zu Beginn der Ära Honecker	251
4.	Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik	253
5.	Entspannung und Abgrenzung	257
VII	Das schnelle Ende der Hoffnungen 1976–1981	263
	Zusammenfassung	263
	Chronik	265
1.	Außenpolitisch Öffnung – innenpolitisch Eindämmung	270
2.	Die „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“	284
3.	Die Krise im sozialistischen Lager	291
VIII	Stagnation und Krise 1981–1985	297
	Zusammenfassung	297
	Chronik	299

1.	Die Sicherung der Macht und die Suche nach Legitimation und Sinnstiftung.	305
2.	Die Ziele der SED-Westpolitik: Anerkennung der DDR und Destabilisierung der Bundesrepublik	309
3.	Der verzögerte Niedergang der DDR-Wirtschaft.	315
4.	Die innere Erosion des Staatssozialismus	321
	a) Friedens- und Umweltgruppen	321
	b) Ausreisewillige.	324
	c) Unzufriedenheit in der SED	325
IX	Der Niedergang der DDR 1986–1989	327
	Zusammenfassung	327
	Chronik	330
1.	Gorbatschow und der Niedergang der SED	338
2.	Die Entmachtung Honeckers und der Fall der Mauer	354
3.	Amtsmissbrauch und Korruption.	362
4.	Der wirtschaftliche Offenbarungseid.	368
5.	Die Formierung einer politischen Opposition	373
X	Die DDR auf dem Weg zum vereinten Deutschland	383
	Zusammenfassung	383
	Chronik	385
1.	Modrows vergeblicher Versuch, die DDR zu retten	392
2.	Von der SED zur PDS	399
3.	Das Ende des MfS.	403
4.	Der Runde Tisch	413
5.	Deutschlandpolitischer Schlagabtausch	419
6.	Das Ende der Ära Modrow	428
7.	Auf dem Weg zur deutschen Einheit.	442
8.	Die Regierung de Maizière	447
9.	Der Einigungsvertrag.	463
10.	Die internationale Einbettung des deutschen Vereinigungsprozesses . .	466

B Strukturen der DDR-Gesellschaft

I	Das politische System	483
1.	Die SED	483
	a) Führungsanspruch	483
	b) Organisatorischer Aufbau	486
	c) Die Parteiführung	492
	d) Der Parteiapparat	500
	e) Mitglieder und Funktionäre	503
	f) Das Nomenklatursystem	506
	g) Die Durchsetzung der Parteimacht	509
2.	Die Gestaltung und Inszenierung des politischen Systems durch die SED ..	510
	a) Blockparteien	510
	b) „Nationale Front“ und Wahlsystem	513
	c) Massenorganisationen	515
3.	Die SED und der Staatsapparat	519
4.	Die SED und die (politische) Justiz	524
	a) Anleitung und Struktur der Justiz	525
	b) Das Justizpersonal	527
	c) Funktion und Steuerung der (politischen) Justiz	528
	d) Die geschönte Kriminalitätsstatistik	532
5.	Sozialistische Außenpolitik	535
	a) Der Kampf um Anerkennung	536
	b) Außenpolitik nach der internationalen Anerkennung	538
	c) Die Unterstützung des internationalen Terrorismus	539
	d) Die Steuerung der Außenpolitik	541
6.	SED-Kulturpolitik	544
	a) Die Rolle der Kultur im Sozialismus	544
	b) Die Entstehung und Entwicklung des kulturellen Lebens und seine Steuerung durch die SED	545
	c) Film im Sozialismus	552
	d) Musik im Sozialismus	553
7.	Das MfS – Schild und Schwert der Partei	557
	a) Entstehung und Entwicklung	558
	b) Der Rechtsstatus	569
	c) Die „Anleitung“ des MfS	570
	d) Die Mitarbeiter	572
	e) Ausstattung, Aufgaben und Struktur	576

8.	Die Koordinierung der Sicherheitsorgane und die geplanten Isolierungslager für Oppositionelle	584
	a) Bewaffnete Kräfte	584
	b) Das Netz der Sicherheitsorgane	590
	c) Isolierungs- und Internierungslager	593
9.	Opposition im SED-Staat	600
	a) Opposition in einem halben Land	600
	b) Grundformen des antitotalitären Widerstandes	603
	c) Historische Erscheinungsformen der Opposition	604
	d) Wandel von Trägern und Motiven der Opposition	606
	e) Formierung und Krise einer politischen Opposition	607
10.	Kirchen und SED-Kirchenpolitik	612
	a) Anfänge der SED-Kirchenpolitik	613
	b) Theologisch-politische Kontinuitätslinien	614
	c) „Differenzierung“ und Unterwanderung	616
	d) Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR	617
	e) Der konziliare Prozess	620
	f) „Angepasste“ Kirchen?	621

II Das Wirtschafts- und Sozialsystem 625

1.	Das Wirtschaftssystem der DDR	625
	a) Wirtschaftsordnung	625
	b) Das System ökonomischer Planung und Lenkung	627
	c) Außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen	642
	d) Wirtschaftspolitische Kurswechsel	644
	e) Die Realität der Mangelwirtschaft	649
	f) Das Scheitern des planwirtschaftlichen Experimentes in der DDR	654
	g) Der reale Schein – der Umgang mit der Statistik in der DDR	657
2.	Umwelt und Umweltpolitik	662
	a) Die politisch gewollte Schädigung der Umwelt	662
	b) Der Umgang mit der entstehenden Umweltbewegung	669
	c) Die Reaktion auf die Atomkatastrophe von Tschernobyl	671
3.	Sozialpolitik	673
	a) Historische Entwicklungslinien	673
	b) Die DDR als Arbeitsgesellschaft	677
	c) Das soziale Netz	684
	d) Frauen- und Familienpolitik	692
	e) Die DDR als Versorgungsstaat	694

4.	Sozialstruktur	696
	a) Die soziale Umwälzung der Gesellschaft.	698
	b) Die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen	701
	c) Die soziale Schichtung der DDR	708

III Ideologie und Lebenswirklichkeiten im SED-Staat 713

1.	Die SED-Ideologie	713
	a) Antifaschismus und Marxismus-Leninismus als Staatsdoktrin	713
	b) Antisemitische Schatten auf dem antifaschistischen Selbstbild	717
	c) Sozialistische Moral und Ethik.	721
2.	Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus	724
	a) Ausländer und Ausländerfeindlichkeit	724
	b) Rechtsextremismus	728
3.	Das Bildungs- und Erziehungssystem	739
	a) Historische Entwicklung	740
	b) Die institutionelle Gliederung des Bildungssystems	746
	c) Die politisch-ideologische Erziehung in der Schule.	752
4.	Die SED-Medienpolitik	757
5.	Sport und Sportpolitik.	764
	a) Institutionelle Grundlagen des Sports	764
	b) Politik und Sport	766
	c) Förderung des Spitzensports	770
	d) Bekannte Sportler	774
	e) Geflohene Sportler	775
	f) Das Dopingsystem	776
	g) Dopingprozesse	782
	h) Freizeitsport.	783
	i) Offiziell ungeliebte Sportarten	786
	j) Fußballsport	787
	k) Gewalttätige Fußballfans und Hooligans.	792
	l) Erfolgsbedingungen des DDR-Sports	793
6.	Alltagsleben	794
	a) Sozialistischer Alltag	794
	b) Arbeitsalltag	798
	c) Konsumalltag	799
	d) Wohnen	805
	e) Freizeit.	808
	f) Ausgegrenzte Außenseiter – Subkulturen	814
	g) Folgen des Alltags.	818

C Die Abhängigkeit von der Sowjetunion und das innerdeutsche Verhältnis

I Die DDR – eine sowjetische Kolonie?	823
1. Die Ausgangslage nach 1945	823
2. Das Verhältnis zur Sowjetunion.....	824
II Abgrenzung und Annäherung: Das innerdeutsche Verhältnis	827
1. Innerdeutsche Beziehungen bis zur internationalen Anerkennungswelle	827
2. Innerdeutsche Beziehungen in der Entspannungsphase.....	831
3. Die Westarbeit von SED und MfS	834
4. Die „Koalition der Vernunft“	836
5. Die Wiedervereinigung als Perspektive	839
III Innerdeutsche Wanderungsbewegungen und Kontakte ...	845
1. Von Ost nach West und von West nach Ost – Wanderungsbewegungen 1949–1990	845
2. Innerdeutsche Kontakte	849
IV Der Kampf der Systeme: Zentralistische Planwirtschaft versus soziale Marktwirtschaft	853
1. Wirtschaftskraft, Produktivität und Kaufkraft	853
2. Das soziale Netz in beiden deutschen Teilstaaten	857
3. Soziale Ungleichheitsstrukturen	862
4. Lebensbedingungen und Mentalitäten.....	865

D Die Einordnung der DDR

I Das Bild der DDR in der Wissenschaft	875
1. Die DDR-Forschung vor 1989/90	875
a) Totalitarismus-Modelle	875
b) Die systemimmanente DDR-Forschung	883
2. Der Streit um die Bewertung der DDR nach 1990	889

II	Die DDR: ein (spät-)totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat	905
-----------	---	-----

E **Die wichtigsten politischen Akteure der DDR** ... 917

Dokumenteverzeichnis	947
Dokumente	951
Abkürzungsverzeichnis	1043
Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen	1049
Literatur	1053
Personenverzeichnis	1125

Vorbemerkung zur vollständig überarbeiteten und stark erweiterten Neuauflage

Mehr als zwei Jahrzehnte nach ihrem Untergang ist die DDR in den Köpfen mancher Menschen lebendiger denn je: Nicht nur unbelehrbare ehemalige Einheitssozialisten, sondern auch viele ostdeutsche „Normalbürger“ und sogar einstige Oppositionelle vermissen offenbar ihren im vereinten Deutschland aufgegangenen Staat. Erstere, weil sie Macht, Status und Privilegien verloren und keine neuen gewonnen haben; letztere, weil sie sich durch die Vereinigung um ihren Erfolg, den Sturz der Diktatur, der zu einem besseren Sozialismus führen sollte, betrogen fühlen. Nicht wenige Normalbürger trauern ihm nach, weil sie sich trotz spürbarer Wohlstandsgewinne im vereinigungsbedingten Umwälzungsprozess um Sicherheit und Orientierung gebracht fühlen. Im pluralistischen Werte- und Gesellschaftssystem der Parteiendemokratie des wiedervereinigten Deutschlands sind sie nicht angekommen. Nur eine Minderheit identifiziert sich mit der deutschen Gesellschaftsordnung, vor allem mit dem Wirtschaftssystem, und nicht einmal jeder Dritte hält die Demokratie für verteidigungswert. Die meisten von ihnen wollen freilich nicht in eine DDR zurück, wie sie einmal wirklich war, sondern in einen im Nachhinein sozial verklärten Staat.

Angesichts der gewaltigen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland sind solche Einstellungen nachvollziehbar, größtenteils auch verständlich. Bedenklich stimmt dagegen, dass sich – je länger die Zeit der Teilung zurückliegt – eine Stimmung breit macht, die den diktatorischen Charakter der DDR und seine negativen Dimensionen gerade auch im alltäglichen Leben in Frage stellt oder ausblendet, wenn nicht sogar leugnet. Über einen positiven Bezug zum (idealisierten) Alltagsleben werden wesentliche Facetten des SED-Staates bis hin zu den Herrschaftsstrukturen ausgeblendet oder nostalgisch verklärt. Die aus dem Macht- und Gestaltungsanspruch der SED-Führung resultierende totalitäre, da besitzergreifende Überformung des Lebens wird dabei weitgehend ignoriert.

Dieses vor fünfzehn Jahren in der ersten Auflage erschienene Buch versuchte, der schon damals zunehmenden Verklärung durch eine nüchterne Bestandsaufnahme und eine an einem modernen Totalitarismuskonzept orientierten theoretischen Einordnung entgegenzuwirken. Die überwiegend positive Resonanz auf den „SED-Staat“ vor allem auch im Bildungsbereich zeugte von einem enormen aufgestauten Aufklärungsbedarf. Die seither erschienenen quellengestützten Veröffentlichungen etwa zur DDR-Wirtschaft, zu den „Bewaffneten Organen“, zur Arbeit des zentralen Parteiapparates, zur marxistisch-leninistischen Ideologie, zum MfS oder auch zur Umwelt und Umweltpolitik sowie zum privilegierten Leben der herrschenden Klasse rechtfertigen die Charakterisierung der DDR als einen (links)totalitären Staat, der sich allerdings vom (rechts)totalitären NS-Staat in wesentlichen Punkten unterschied und sich auch im Laufe der Jahrzehnte in der äußeren Erscheinung wandelte, ohne dass die herrschende Partei ihren umfassenden Gestaltungsanspruch aufgegeben hätte. Die DDR war jedoch – auch das belegen neuere Studien eindrucksvoll – immer weniger in der Lage, mittels ihrer Ideologie und ihrer Sozialpolitik Menschen an sich zu binden.

Die in dem Buch vorgenommene Unterteilung in „Geschichte“ und „Strukturen“ hat sich, wie zahlreiche Rückmeldungen bestätigen, bewährt. Nicht nur Schüler und Studenten, sondern die meisten Leser beschäftigen sich mit einzelnen Abschnitten des Buches

und erwarten Informationen und die Erklärung von Zusammenhängen, die sich ihnen bei einer rein historischen Darstellung nicht erschließen würden. Allerdings lässt sich bei dieser Darstellungsweise nicht verhindern, dass in die Kapitel zur Struktur der DDR einzelne Daten und kurze historische Bezüge eingehen, die – wenn auch zumeist in anderer Form – in den historischen Kapiteln ebenfalls beschrieben werden. Soweit es möglich war, habe ich diese Doppelungen minimiert.

In alle Kapitel fließen die seit dem ersten Erscheinen des Buches veröffentlichten (wesentlichen) Darstellungen und Analysen zu Geschichte und Strukturen der DDR mit ein. Sie ergänzen, präzisieren oder modifizieren mitunter auch die alte Darstellung. Diese umfassende Überarbeitung öffnet außerdem den Blick für weitere Aspekte und Dimensionen der DDR, die in der ersten Fassung aus zeitlichen und kapazitären Gründen außen vor blieben.

Hinzu gekommen sind Kapitel zu Amtsmissbrauch und Korruption, die noch von der alten „Volkskammer“ in den turbulenten Zeiten des Umbruchs aufgedeckt wurden, zur sozialistischen Außen-, Kultur- und Umweltpolitik sowie zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, die bereits zu DDR-Zeiten und nicht erst nach der Wiedervereinigung ein Problem in Ostdeutschland darstellten. Ein ausführliches Kapitel widmet sich der SED-Sportpolitik. Neben der Sozialpolitik waren die Erfolge im Sport aus Sicht der Herrschenden eine Dimension, die Loyalität erzeugen und die Bevölkerung an das System binden sollte. Das Erfolgsgeheimnis des DDR-Sports lässt sich – dies sei vorab erwähnt – nicht auf das systematische Doping reduzieren, wie generell die einzelnen Abschnitte zur sozialistischen Lebensweise, zum Alltag etc. zeigen, dass das Leben in der DDR vielfältiger war, als es sich die herrschenden Kommunisten erwünschten.

Das alte Kapitel C „Determinanten und Entwicklungslinien der DDR-Geschichte“ wird am Ende des Bandes ersetzt durch zwei neue Kapitel „Die Abhängigkeit von der Sowjetunion und das innerdeutsche Verhältnis“ (C) sowie „Die Einordnung der DDR“ (D). Abschnitt C beschreibt nicht nur die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion und ihren gleichsam unselbstständigen Status, sondern vor allem das von Abgrenzung und Annäherung geprägte innerdeutsche Verhältnis. Diese beiden Dimensionen bestimmten das Schicksal der DDR von Anfang bis Ende. Ein ausführliches neues Kapitel beschreibt den Kampf der Systeme insbesondere bezogen auf den Vergleich von zentralistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft. Hierdurch soll deutlich werden, warum die DDR trotz aller Bemühungen keine Chance zum Überleben hatte, als die sowjetische Besatzungsmacht ihren militärischen Schutzschild zurückzog.

Im die Darstellung und Analyse des SED-Staates abschließenden Kapitel D geht es um die unterschiedliche, ja sogar polare Einordnung der DDR in der Wissenschaft, wobei die wesentlichen Ansätze zu ihrer Charakterisierung beschrieben werden. Vor diesem Hintergrund endet das Buch mit der Begründung für die Charakterisierung der DDR als ein (spät)totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat.

Neben einigen neuen Dokumenten, die in Ergänzung zu den bisherigen wesentliche politische, ökonomische und soziale Aspekte dieses deutschen Teilstaates illustrieren, verdeutlichen die neu aufgenommenen Kurzbiographien der wesentlichen Politiker den politischen und sozialen Hintergrund der herrschenden Klasse.

Die umfassende Überarbeitung und die zahlreichen neuen Kapitel stützen sich auch auf von mir in den letzten fünfzehn Jahren verfasste Beiträge sowie auf Ergebnisse verschiedener im Forschungsverbund SED-Staat durchgeführte Forschungsprojekte. So ist in vielerlei Hinsicht ein neues Buch entstanden, das sich zwar auf das Grundgerüst der alten Fassung bezieht, aber vieles neu komponiert und einordnet.

Der Deutung der DDR als ein (spät)totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat ist von einzelnen Kritikern widersprochen worden. Oft wird dabei – zumeist wider besseren Wissens – unterstellt, totalitarismustheoretisch orientierte Darstellungen würden Anweisungen und Ansprüche der SED mit deren Realisierung gleichsetzen, also eine Identität von Herrschaftsanspruch und -wirklichkeit vornehmen. Gleichzeitig schreiben einige Zeithistoriker und Sozialwissenschaftler in zum Teil plumper Form, dieser Ansatz setze die sozialistische Diktatur DDR mit der nationalsozialistischen gleich.

Der unvoreingenommene Leser kann leicht feststellen, dass dieser Vorwurf für dieses Buch – für die ursprüngliche Ausgabe und die jetzige Neuauflage gleichermaßen – nicht zutrifft. Im Gegenteil: Gerade weil sich der totalitäre Anspruch der SED aufgrund des Eigensinns großer Teile der Bevölkerung und der inneren Logik verschiedener gesellschaftlicher Dimensionen nicht realisieren ließ, brach die DDR zusammen. Und: Trotz vieler augenscheinlicher Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten der beiden totalitären Regime unterschieden sie sich doch wesentlich in ihren Zielen und – bezogen auf die DDR – Methoden des Umgangs mit Ausgegrenzten und Verfolgten. Der SED-Staat hat weder einen systematischen und nahezu fabrikmäßigen Mord an Millionen Menschen begangen noch eine mörderische Blutspur durch Europa gezogen – dies sei einleitend noch einmal unmissverständlich klargestellt! Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die SED unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht eine sozialistische Diktatur aufbaute und über vierzig Jahre aufrecht erhielt, die Menschen unterdrückte, aus politischen Gründen verfolgte und inhaftierte und wenig Spielraum für individuelle Freiheiten ließ. Das von ihr errichtete Grenzregime, das für über tausend Menschen den Tod bedeutete, symbolisiert(e) gleichermaßen die fehlende Legitimation und den menschenverachtenden Charakter dieses sozialistischen Systems.

Mit dem in den letzten Jahren häufiger in Politik und Wissenschaft vorgetragenen Allgemeinplatz, allein herrschaftsgeschichtlich lasse sich eine Gesellschaft wie die DDR nicht angemessen beschreiben, wird vor allem in jüngster Zeit von zumeist linken Wissenschaftlern erneut versucht, das Primat gesellschafts- bzw. alltagsgeschichtlicher Darstellungen unter weitgehender Ausklammerung oder zumindest Verharmlosung des diktatorischen Charakters der DDR durchzusetzen. Dabei berufen sich einige Zeithistoriker sogar auf nicht-wissenschaftliche Erklärungen: Die ostdeutsche Bevölkerung erkenne sich in der Beschreibung der DDR als sozialistische oder gar totalitäre Diktatur nicht wieder. Man stelle sich vor, mit dieser Argumentation hätten Politiker oder Historiker nach 1949 in der alten Bundesrepublik die Kennzeichnung des Nationalsozialismus als (totalitäre) Diktatur in Frage gestellt.

Der wiederholt und in jüngster Zeit häufiger anzutreffende Rückgriff auf „immanente Betrachtungsweisen“ oder „tatsächliche Binnenplausibilität“ stiftet wie schon zu Zeiten der deutschen Teilung mehr Verwirrung als Aufklärung. Der hiermit zumeist einhergehende Verzicht auf Einordnungen wie „sozialistische Diktatur“, „Gewaltherrschaft“, „Unrechtstaat“ oder „totalitäre Herrschaft“ birgt die Gefahr in sich, die DDR zu idealisieren oder sie zumindest als relative Idylle erscheinen zu lassen und aus dem Blickwinkel von „Nischen“ zu charakterisieren. Gerade letztere blieben aber über die Jahrzehnte, wenn auch mit abnehmender Intensität, von den Macht- und Herrschaftsstrukturen geprägt. Allein die SED-Führung und ihr Apparat entschieden über Gewährung oder Entzug von Freiräumen.

Häufig war in Rezensionen zu lesen, für den durchschnittlichen DDR-Bewohner wäre statt der Politik die ganz normale Alltäglichkeit bestimmend gewesen; dieser Bereich sei

im Buch zu pauschal und zu kurz beschrieben. Doch gerade bei der Betrachtung des Alltagslebens – in dieser Neuauflage um einige Dimensionen erweitert – wird der aus dem totalitären Charakter des Systems resultierende hypertrophe Machtanspruch der SED überdeutlich, der die Bürger zu einem ständigen quasi-schizophrenen Pendeln zwischen Anpassung und Resistenz zwang. Die neu hinzugefügten Kapitel zu Umwelt und Umweltpolitik, Sport und Sportpolitik sowie zu Kultur und Kulturpolitik machen deutlich, wie eng die Spielräume für eigenständiges Agieren waren.

Selbstverständlich wurde in der DDR gefeiert, gelacht, geküsst und anderes mehr. Auch wenn die Fassaden der Diktatur überwiegend grau in grau erschienen, konnte das Leben jenseits des Offiziellen zufriedenstellend sein; Menschen waren glücklich oder traurig, gleichgültig oder engagiert. Diese Beobachtung ist ebenso richtig wie banal. Diktatoren greifen bekanntlich zumeist erst zum Mittel der offenen Repression, wenn sich Bürger ihren Anmaßungen widersetzen, ansonsten wollen auch sie von den Untertanen geliebt oder zumindest geschätzt werden und versuchen, dies durch soziale Zugeständnisse zu erreichen.

Zu der gut zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch dieses Staates weiterhin zu beobachtenden Verklärung des DDR-Alltages, die durch manche wissenschaftliche Betrachtung Unterstützung erfährt, besteht indes wenig Anlass. Der SED-Staat war bis zum Schluss von Versorgungsmängeln, vielfältigem Frust und nicht zuletzt von der auch sinnlich wahrzunehmenden fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Umwelt geprägt. Noch gravierender war die Tatsache, dass es keinerlei wirkliche Refugien vor dem Macht- und Gestaltungsanspruch der SED gab. Der Überwachungsapparat aus „Staatssicherheit“, anderen „Sicherheitsorganen“ und die im Auftrag von Partei und Staat tätigen Denunzianten machten ohnehin weder vor Kirchentüren noch vor Privatwohnungen halt. In dieses Überwachungs- und Kontrollsystem ließen sich aus welchen Motiven auch immer weit mehr Menschen einspannen als öffentlich diskutiert oder gar zugegeben. Hierin dürfte auch ein zentraler Grund für die Verklärung der DDR liegen.

Die Unkenntnis über die realen Verhältnisse ist immer noch groß: zu groß, weil gesellschaftlichen Unfrieden stiftend und den Prozess des Zusammenwachsens im wiedervereinigten Deutschland behindernd. So wird nicht selten etwa die SED-Phrase vom „Friedensstaat DDR“ für bare Münze genommen oder behauptet, es habe „ein hohes Maß sozialer Gleichheit“ und ein die „ganze Gesellschaft umfassendes soziales Band“ gegeben. Leser dieses Buches werden schnell feststellen können, dass die empirischen Daten ein anderes Bild zeichnen. Dies betrifft ebenso Behauptungen, die soziale Sicherheit sei vorbildlich, die institutionelle Erziehung der Jugend vornehmlich auf solidarisches und verantwortungsbewusstes Verhalten gerichtet oder die DDR sei in „Ansätzen eine solidarische Gesellschaft“ gewesen. Gleiches gilt für die Behauptung, die DDR habe den deutschen Faschismus an seinen Wurzeln ausgerottet. Die überlieferten Dokumente belegen das Gegenteil: Im SED-Staat existierte von Anfang bis Ende und verstärkt ab Mitte der 1980er Jahre eine nahezu republikweit anzutreffende rechtsextreme Szene, später zumeist im Umfeld von Skinheadgruppen und Hooligans. Obschon in der DDR jenseits der Soldaten der Westgruppe der Roten Armee nur wenige Ausländer lebten und arbeiteten, gab es weit verbreitete Vorurteile bis hin zu Ablehnung von Ausländern.

Die SED bemühte sich zwar um Nivellierung und soziale Homogenisierung der Bevölkerung, was ihr jedoch nur in Ansätzen gelang: Die Gesellschaft war differenzierter, als es der herrschenden Partei lieb war. Insofern ist die Rede von den Ostdeutschen irreführend. Weder gab es bei der großen Mehrheit der Bevölkerung eine „DDR-Identität“

– diese scheint sich in beträchtlichen Teilen der Bevölkerung erst nach der Vereinigung als eine Art Trotzreaktion gegenüber den Westdeutschen herausgebildet zu haben – noch hat die angestrebte soziale und ideologische Nivellierung zu gemeinsamen Einstellungen und Verhaltensweisen oder gar zu einer Interessenidentität von Herrschern und Beherrschten geführt. Viele Menschen sind angesichts der Anmaßungen, denen sie seitens der SED und ihres Staates ausgeliefert waren, und der systembedingten Verstrickungen durchaus aufrecht durch die DDR gekommen. Auch die zahlreichen Opfer und couragierten Widerständigen haben es nicht verdient, mit denen, die sie unterdrückt und verfolgt haben, in einen Topf gesteckt zu werden.

Ein Letztes sei erwähnt: Vieles, was in diesem Buch beschrieben und mit Zahlen und Fakten und gegenüber der Erstaufgabe noch ergänzten Dokumenten und Schaubildern belegt wird, hat nicht jeder ehemalige DDR-Bürger selbst erlebt. Vieles hat er seinerzeit nicht erfahren dürfen, da die SED-Führung die Veröffentlichung brisanten Materials etwa zur Umweltsituation, zur wirtschaftlichen Lage oder zu Selbsttötungen untersagte.

Allein auf die Schilderungen von Zeitzeugen kann und darf sich eine zeitgeschichtliche Betrachtung nicht stützen. Auch bezogen auf diesen Zeitabschnitt deutscher Geschichte gilt der zugespitzte Spruch: „Der Zeitzeuge ist der geborene Feind des Zeithistorikers“. Die „Froschperspektive“ mag für die historische Beschreibung und Analyse im Detail durchaus wertvoll sein, gleichwohl verbietet sich ihre Generalisierung. Die Zeitgeschichte ist der „historischen Wahrheit“ und nicht den tatsächlichen oder im Nachhinein entstandenen Erinnerungen Einzelner verpflichtet.

Das Buch möchte Anregungen zum Nachdenken und zur Diskussion liefern und stellt sich selbstverständlich wie bisher einer seriösen Kritik. Auf ein Missverständnis sei an dieser Stelle aber hingewiesen: Die aus der Perspektive einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft vorgenommene Delegitimation der sozialistischen Diktatur bedeutet nicht eine Delegitimierung des Lebens einzelner Personen und ihrer Lebensleistungen.

Die Fertigstellung dieses Buches in überschaubarer Zeit war nur möglich, weil Cornelia Bronder mit der für sie typischen Sorgfalt und Schnelligkeit die technische Herstellung des Manuskripts leistete und meine Frau Monika durch kritisch-konstruktive Anmerkungen und eine umfassende Lektoratstätigkeit den Text besser lesbar und inhaltlich verständlich gestaltete. Als Ausdruck der Wertschätzung ihrer Unterstützung und unserer gemeinsamen wissenschaftlichen Tätigkeit widme ich ihr dieses Buch.

Berlin, im März 2013

Klaus Schroeder

Vorbemerkung zur ersten Auflage

Mit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit im Oktober 1990 wurde die DDR zum abgeschlossenen Kapitel deutscher Geschichte. Sie entstand als Folge des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten und verlorenen Weltkrieges und blieb zeit ihrer Existenz Teil des sowjetischen Imperiums. Das diesem kleineren deutschen Teilstaat aufgezwungene Herrschafts- und Gesellschaftssystem entsprach im wesentlichen dem sowjetischen Vorbild. Die allumfassende und unbegrenzte Verfügungsmacht über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft lag in den Händen der kommunistischen Partei, der SED. Sie vor allem bestimmte und prägte das Leben in der DDR, indem sie ihre Prinzipien, Vorstellungen und Ziele auf alle Bereiche der Gesellschaft übertrug.

Viele der vor 1989 entstandenen Darstellungen zur DDR-Geschichte sind nach dem nun möglichen Zugang zu geheim gehaltenen Daten und Akten weitgehend Makulatur bzw. stark korrekturbedürftig. Nicht nur die im Auftrag der Parteiführung verfaßten Selbstdarstellungen der SED- und DDR-Geschichte, auch ein Großteil der Werke westdeutscher Forscher zeichneten ein Bild von der DDR, das in vielen Punkten nicht der Realität entsprach. Vor allem der diktatorische Charakter des SED-Staates wurde ausgeblendet oder relativiert, wie andererseits die wirtschaftliche und politische Stabilität überschätzt wurde. Allerdings gab es auch Ausnahmen, die unter den gegebenen Bedingungen ein annähernd wirklichkeitstreuues Bild entwarfen. Anknüpfen kann die notwendige Neubewertung der DDR-Geschichte zum Beispiel an Studien von Karl C. Thalheim zur DDR-Wirtschaft oder an Karl Wilhelm Frickes Arbeiten zur Opposition und zum Unterdrückungsapparat, aber auch an Autoren wie Martin Draht und Ernst Richert, die unter demokratiethoretischen und antitotalitären Prämissen in den 50er Jahren die DDR analysiert haben.

Die mit diesem Buch vorgelegte Gesamtdarstellung zur DDR-Geschichte bezieht die verwertbaren Ergebnisse der DDR-Forschung vor 1989 sowie der wichtigsten seitdem verfaßten zahlreichen Detailstudien mit ein. Die auf der Grundlage des jetzt zugänglichen Daten- und Aktenmaterials entstandenen Einzeluntersuchungen ermöglichen in der Gesamtschau eine Beschreibung und Einordnung der DDR, die viele Aspekte umfaßt, welche zuvor nicht bekannt waren. Möglich war dieses Buch freilich nur, weil ich mich auf Forschungsergebnisse und Vorarbeiten stützen konnte, die in dem 1992 gegründeten Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin entstanden sind.

Die gewählte Darstellungsform, neben dem geschichtlichen Abriss auch die zentralen Strukturen und die begriffliche Einordnung mitaufzunehmen, soll dem Leser ein möglichst umfassendes Bild der DDR vermitteln. Hierbei mußten allein aus Platzgründen bestimmte Aspekte stärker und andere schwächer gewichtet werden. Die Herrschaftsgeschichte nimmt dabei einen größeren Raum ein als etwa die Untersuchung des Alltags oder der informellen Strukturen. Da in der DDR Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte – anders als zum Beispiel in der Bundesrepublik – weitgehend zusammenfallen, läßt sich diese Vorgehensweise rechtfertigen. Andere Aspekte wie etwa die Außen- und Militärpolitik oder die detaillierte Auslegung von Ideologie und Programm der SED werden nur in dem Maße berücksichtigt, wie sie zum grundsätzlichen Verständnis notwendig sind. Generell werden Bereiche, über die viele neue Forschungsergebnisse vorliegen (z. B. das MfS), stärker in die Darstellung einbezogen als andere, die bereits ausführlich in der einschlägigen Literatur behandelt wurden (z. B. der formale Aufbau des Staatsapparates).

Während im ersten Teil die wesentlichen Stationen der Errichtung, der Stabilisierung und des Niedergangs der DDR beschrieben werden, geht es im zweiten Teil bei der Untersuchung der Strukturen zwar auch um deren historische Herausbildung, aber in erster Linie um den Zustand in den achtziger Jahren. Soweit es ohne Verlust an Erklärungskraft möglich war, wurde versucht, die hiermit notwendigerweise verbundenen Überschneidungen zwischen den einzelnen Kapiteln zu begrenzen. Der Schlußteil, der vor allem dem Leser, der das Buch nur kapitelweise studiert, die Möglichkeit zu einem Gesamturteil bieten soll, enthält eine komprimierte Betrachtung von Geschichte und Strukturen sowie eine knappe Darstellung der Kontroversen um die begriffliche Kennzeichnung der DDR vor und nach 1989. Ein nachklassisches Totalitarismusmodell eignet sich dabei – zumindest in seinen Grundzügen – besser als andere Zugänge zur Beschreibung und Bewertung der DDR-Geschichte. Insgesamt läßt sich die DDR von ihren äußeren Bedingungen her als ein sowjetisierter deutscher Teilstaat und von ihrer inneren Struktur als (spät-)totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat darstellen.

Das vorliegende Buch soll einen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Teilungsgeschichte leisten, indem es die Geschichte der DDR auf der Grundlage der wichtigsten Forschungsergebnisse rekonstruiert und die wichtigsten Kontroversen um die Bewertung historischer Ereignisse und zentraler Strukturen offenlegt. Dies scheint mir zu diesem Zeitpunkt allein schon deshalb notwendig, um nicht den Verantwortlichen für diese Diktatur mit ihren Veröffentlichungen und Biographien das Feld der Geschichtsinterpretation zu überlassen. Die weitere Forschung wird insbesondere die Bedeutung der Sowjetunion für die Entwicklung in der DDR und das innerdeutsche Wechselspiel stärker zu gewichten haben.

Dieses Buch konnte nur mit Unterstützung von Mitarbeitern des Forschungsverbundes SED-Staat in vergleichsweise kurzer Zeit verfaßt werden. Alexander Claus, Rüdiger Dambroth, Andreas Kossert, Kerstin Pohl und Karoline Rörig möchte ich für ihre Literaturrecherchen, Frank-Uwe Fuhrmann, Peter Erler, Walter Heering, Martin Jander, Rainer Koll, Michael Kubina, Friederike Sattler, Jochen Staadt und Manfred Wilke für die Durchsicht einzelner Abschnitte oder Kapitel, kritische Anmerkungen und Ergänzungen sowie Monika Deutz-Schroeder darüber hinaus für ihre Lektoratsstätigkeit danken. Ein besonderer Dank gilt Horst Laude, der mich mit seinen ausführlichen kritischen Anmerkungen und Ergänzungen zu erneutem Nachdenken über bestimmte Darstellungen und Wertungen anregte, auch wenn ich mich nicht immer seiner Meinung anschließen konnte. Ohne die zuverlässige und gleichermaßen von Sorgfalt und Geschwindigkeit geprägte Arbeit von Cornelia Wassmann wäre die technische Fertigstellung des Manuskripts in diesem Zeitrahmen wohl nicht gelungen. Wesentliche Impulse, Ergänzungen und Richtigstellungen verdanke ich Steffen Alisch, der nicht nur – ebenso wie Walter Heering, Uwe Hilmer und Martin Jander – Vorarbeiten verfaßte, sondern auch das gesamte Manuskript mitüberarbeitete und dabei zu einem unverzichtbaren Mitarbeiter wurde. Schließlich möchte ich Peter März Dank sagen, ohne dessen Anregung dieses Buch nicht entstanden wäre und dessen inhaltliche wie lektoratsmäßige Anmerkungen überwiegend Eingang in die Darstellung fanden.

Berlin, im Juni 1997

Klaus Schroeder

A. Politisch-historische Entwicklung der SBZ/DDR 1945–1990

Das Ende der Nazi-Herrschaft 1944/45 und die Politik der Alliierten

Zusammenfassung

Der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg führte die Kriegsgegner des Deutschen Reiches zu einem Zweckbündnis – der „Anti-Hitler-Koalition“ – zusammen, dem es bis Kriegsende jedoch nicht gelang, gemeinsame Vorstellungen für Nachkriegsdeutschland zu entwickeln. Das aus unterschiedlichen Interessenlagen resultierende und trotz der militärischen Zusammenarbeit fortbestehende Misstrauen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion verhinderte eine gemeinsame Deutschlandpolitik. Da das nationalsozialistische Regime bis Kriegsende seine Herrschaft nahezu ungeschmälert aufrechterhalten konnte, brachte erst die „bedingungslose Kapitulation“ den Zusammenbruch der NS-Herrschaft, der zugleich auch das vorläufige Ende der deutschen Staatlichkeit bedeutete. Das weitere Schicksal Deutschlands hing weitgehend von der Politik der alliierten Siegermächte ab.

Ziele sowjetischer Politik waren die Gewährleistung der eigenen Sicherheitsinteressen (Entmilitarisierung Deutschlands), Reparationen für den ökonomischen Wiederaufbau in der Sowjetunion und die Ausdehnung ihres Macht- und Einflussbereiches bis in die Mitte Europas. Ein strategisches Gesamtkonzept für die Zukunft Deutschlands existierte jedoch nicht; Stalin hielt sich mehrere Optionen offen. In dem Maße, in dem ein unter sowjetischem Einfluss stehendes Gesamtdeutschland unwahrscheinlicher wurde, forcierte er die Errichtung eines sowjetisierten deutschen Teilstaates.

Für die KPD-Führung im Moskauer Exil war unbedingte Loyalität zur Sowjetunion selbstverständlich. Unmittelbar nach der Teheraner Konferenz 1943 begann sie auf Weisung der KPdSU, ihre Politik für Nachkriegsdeutschland auszuarbeiten. Sie bezog sich dabei zunächst, entsprechend dem Stand der Verhandlungen zwischen den Alliierten, auf Deutschland als Ganzes. Ihr Hauptziel war es, ein maßgeblich von der politischen Führungsrolle der KPD sowie der politischen und ökonomischen Vormachtstellung der Sowjetunion in Europa geprägtes Nachkriegsdeutschland zu schaffen, in dem perspektivisch eine sozialistische Gesellschaft nach sowjetischem Modell aufgebaut werden sollte. Zu diesem Zweck ent-

warf die KPD eine Bündnisstrategie, nach der die Parteien der Arbeiterbewegung gemeinsam mit bürgerlichen Kräften eine antifaschistische „kämpferische Demokratie“ errichten sollten. Für den staatlich-politischen Raum war ein vordergründiger Pluralismus in Gestalt eines Blocks von Parteien und Massenorganisationen vorgesehen, dessen organisierendes und kontrollierendes Zentrum die von den sowjetischen Besatzungsorganen unterstützte KPD sein sollte.

Nach den alliierten Entscheidungen über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen richtete sich die politische Planung der KPD vorrangig auf die spezifischen Bedingungen und Möglichkeiten der eigenen politischen Führung entsprechend den Maßgaben der sowjetischen Organe in der von ihnen besetzten Zone. Mit Rücksicht auf das Verhältnis der Sowjetunion zu den westlichen Alliierten und die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus entstandenen inneren Bedingungen verzichtete die Partei nach Kriegsende zunächst auf ihre frühere revolutionäre Agitation und Propaganda zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild.

Menschenbild und Verhalten der deutschen Kommunisten, die den Stalinschen Terror im sowjetischen Exil überlebt hatten, waren nicht zuletzt durch die Begleiterscheinungen dieser Säuberungsprozesse geprägt. Ein autoritäres Politik- und bolschewistisches Parteiverständnis sowie eine bedingungslose Gefolgschaftstreue gegenüber Stalin korrespondierten mit eigenem ungeteilten Machtwillen und einer kühl kalkulierenden Skrupellosigkeit, die zur angestrebten vollständigen Unterwerfung von Staat und Gesellschaft unerlässlich waren.

Bestimmende Kraft in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) blieb freilich die mit absoluter Verfügungsgewalt ausgestattete „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD). Gemeinsam mit den deutschen Kommunisten, die in ihrem Sinne und ihren Weisungen folgend tätig wurden, gestaltete und kontrollierte die SMAD das politische und gesellschaftliche Leben in ihrem Machtbereich. Trotz gelegentlicher Kompetenzkonflikte und taktisch motivierter Kurswechsel Moskaus schuf die SMAD mit der Errichtung einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ die Voraussetzungen für eine Sowjetisierung der SBZ. Während auf der politischen Ebene ein kontrollierter Pluralismus den Anschein demokratischer Verhältnisse wecken sollte, wurden auf der gesellschaftlichen Ebene zügig tiefgreifende Umwandlungsprozesse nach sowjetischem Vorbild eingeleitet. Die Geschichte der SBZ muss insofern vor allem als Wirkungsgeschichte der SMAD interpretiert werden.

Chronik

23. August 1939	Nichtangriffspakt Deutschland-Sowjetunion (Hitler-Stalin-Pakt); deutsch-sowjetisches Geheimprotokoll über Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Ost- und Mitteleuropa.
1. und 17. September 1939	Einmarsch deutscher bzw. sowjetischer Armeen in Polen; Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa.
3. September 1939	Frankreich und Großbritannien erklären Deutschland faktisch den Krieg.
30. November 1939	Einmarsch sowjetischer Truppen in Finnland.
22. Juni 1941	Deutscher Einmarsch in die Sowjetunion.
14. August 1941	Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill verkünden die Atlantik-Charta: Gemeinsame Grundsätze für die Nachkriegspolitik; Selbstbestimmungsrecht der Völker.
11. Dezember 1941	Kriegserklärung Deutschlands an die USA.
14.–25. Januar 1943	Roosevelt und Churchill verständigen sich bei einem Treffen in Casablanca auf die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ Deutschlands.
2. Februar 1943	Die 6. deutsche Armee kapituliert in Stalingrad.
Juli 1943	Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) in Krasnogorsk bei Moskau.
24. September 1943	Die spätere Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird zum ersten Mal auf einer Karte des britischen Ausschusses für Nachkriegsplanung als „Zonengrenze“ gezogen.
19.–30. Oktober 1943	Moskauer Außenministerkonferenz der drei Alliierten.
28. November bis 1. Dezember 1943	Konferenz von Teheran; Roosevelt und Churchill beraten mit Stalin die alliierten Kriegsziele.
15. Januar 1944	Britischer Plan zur Aufteilung Deutschlands in drei Zonen.
15. September 1944	Der Morgenthau-Plans zur teilweisen „Entindustrialisierung“ Deutschlands wird von Roosevelt und Churchill zur Kenntnis genommen.
4.–11. Februar 1945	Konferenz von Jalta; Roosevelt und Churchill treffen erneut mit Stalin zusammen.
März/April 1945	Gründung antifaschistischer Aktionsausschüsse (Antifas) in zahlreichen Städten Deutschlands.
12. April 1945	Tod Roosevelts; Harry S. Truman wird neuer US-Präsident.
30. April 1945	Adolf Hitler begeht Selbstmord.
2. Mai 1945	Die „Gruppe Ulbricht“ nimmt in Berlin ihre Tätigkeit auf.
8./9. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

14. Mai 1945 Die Direktive JCS 1067 für die Arbeit der US-Militärbehörden in Nachkriegsdeutschland tritt in Kraft: Fraternalisierungsverbot; Deutschlands wird als „besiegter Feindstaat“ definiert.
- 4.-9. Juni 1945 Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka treffen in Moskau zur Vorbereitung und Festlegung des KPD-Aufrufs mit Stalin zusammen.
5. Juni 1945 Proklamationen der Besatzungsmächte zur Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland.
9. Juni 1945 Bildung der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD).
17. Juli bis 2. August 1945 Potsdamer Konferenz.
6. August 1945 Abwurf einer amerikanischen Atombombe auf Hiroshima.

1. Erwägungen und Pläne der Anti-Hitler-Koalition zur Neuordnung Deutschlands

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und der Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 bildeten zunächst die USA, Großbritannien und die Sowjetunion die „Anti-Hitler-Koalition“ mit dem militärischen Sieg über die Wehrmacht und der Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes als Zielsetzung. Eine gemeinsame politische Konzeption für das, was in Deutschland nach der militärischen Niederlage geschehen sollte, gab es jedoch nicht. Zwar war das Thema „Deutschlandpolitik“ immer wieder Gesprächsgegenstand, es kam jedoch zu keiner verbindlichen Übereinkunft in dieser Frage.¹ Die zunächst zwischen der US- und der britischen Regierung im August 1941 vereinbarte „Atlantik-Charta“, der einige Monate später auch die UdSSR unter Vorbehalt beitrug, fixierte mit der Erklärung des Verzichts auf fremdbestimmte Grenzverschiebungen und der Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker lediglich allgemeine völkerrechtliche Prinzipien. Konkrete Pläne für eine Nachkriegsordnung waren hiermit nicht verbunden; vornehmlich die USA hatten zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an Festlegungen, die spätere Handlungsoptionen hätten blockieren können, zumal die Sowjetunion aus ihrer Sicht kein verlässlicher Bündnispartner war.²

Im Dezember 1941 unterbreitete Stalin dem britischen Außenminister Anthony Eden in Moskau einen ersten Neuordnungsvorschlag. Er forderte eine Bestätigung der sowjetischen Annexionen (u. a. Ostpolen, Baltikum), die nach seinem Pakt mit Hitler erfolgt waren, sowie generell eine Ausdehnung der sowjetischen Einflussphäre. Die Briten wiesen diesen Vorstoß unter Hinweis auf die Atlantik-Charta und ihren Beistandspakt mit Polen zurück. Überdies fürchtete die britische Regierung eine mögliche sowjetische Dominanz in Kontinentaleuropa. Schon nach frühen strategischen Planungen Churchills für die europäische Nachkriegsordnung sollte Deutschland als Bollwerk gegen die Ausdehnung der sowjetischen Hegemonie in ein westliches Bündnis eingebunden werden. Derartige Überlegungen mussten angesichts der militärischen Lage jedoch zurückgestellt werden; vordringlich blieb die Herbeiführung des militärischen Zusammenbruchs der Achsenmächte.

Amerikaner und Briten hatten im Laufe des Jahres 1942 mehrfach einen vollständigen Sieg über Deutschland verlangt. Auf ihrer Konferenz im Januar 1943 in Casablanca legten sich Roosevelt und Churchill auf die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches fest. Nachdem Stalin mit mehreren Sondierungsversuchen hinsichtlich eines deutsch-sowjetischen Sonderfriedens, die an der deutschen Ablehnung scheiterten,³ seine Unzufriedenheit über die Kriegsführung der Westalliierten demonstriert hatte, kam es auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 und der Konferenz von Teheran im November/Dezember 1943 zu einer Wiederannäherung der Alliierten. Die Sowjetunion bestand jedoch auf Anerkennung von Grenzver-

**Frage der
Nachkriegs-
ordnung**

1 Vgl. Görtemaker 1999, S. 19 ff.

2 Vgl. Fischer/Rißmann 1995, S. 1304 ff.

3 Vgl. ebd., S. 1307 f.

schiebungen. Die Verhandlungspartner stimmten überein, die Eingliederung Ostpolens und des Baltikums in die Sowjetunion zu akzeptieren und Polen zu Lasten Deutschlands gebietsmäßig zu entschädigen.⁴

Auf beiden Konferenzen erörterten die Alliierten verschiedene Möglichkeiten der territorialen Aufteilung des besiegten Deutschland, Festlegungen erfolgten indes nicht.⁵ Eine weitgehende Einigung erzielten sie über die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands, der Demilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung⁶ sowie der Einrichtung einer alliierten Kontrollkommission.

Die Außenminister setzten die European Advisory Commission (EAC) ein, die Vorschläge für eine gemeinsame Besatzungspolitik und eine mögliche territoriale Aufgliederung Deutschlands ausarbeiten sollte. Auf Grundlage eines britischen Vorschlages erfolgte am 12. September 1944 die Verabschiedung eines Protokolls über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. Die Sowjetunion stimmte dem britischen Plan zu, da die für sie vorgesehene Zone weit größer als erhofft ausfiel, das Prinzip der gemischten Besetzung der Zonen aufgegeben wurde sowie die Hoheitsrechte der jeweiligen Oberbefehlshaber fixiert worden waren. Bereits zuvor hatte Großbritannien der sowjetischen Forderung zugestimmt, das Ziel der bedingungslosen Kapitulation auch auf die osteuropäischen Satellitenstaaten Deutschlands auszuweiten.⁷

Die von der EAC entwickelten Vorstellungen sahen für Berlin eine Sonderregelung vor, in der eine gemeinsame Verwaltung der Stadt geplant war. Ansonsten sollte die Kompetenz des Alliierten Kontrollrates jedoch auf Angelegenheiten beschränkt bleiben, die Deutschland als Ganzes betrafen; seine Entscheidungen hatten einvernehmlich zu erfolgen. Die am 5. Juni 1945 schließlich von den drei Siegermächten und Frankreich unterzeichnete „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands“ basierte ebenfalls auf Ergebnissen der EAC, enthielt allerdings keine präzisen inhaltlichen Bestimmungen.⁸

Obgleich sich auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 die Verhandlungspartner prinzipiell auf eine Teilung Deutschlands verständigten, fassten sie noch keine endgültigen Beschlüsse.⁹ Auf Drängen Großbritanniens einigten sie sich nur auf die Anerkennung Frankreichs als Besatzungsmacht und seine Aufnahme als Mitglied im Alliierten Kontrollrat. Diese Maßnahme diente aus britischer und amerikanischer Sicht der Zurückdrängung einer absehbaren sowjetischen Expansionspolitik in Osteuropa.

4 Vgl. Graml 1985, S. 27 ff.

5 Vgl. Steininger 2002, S. 23 ff.

6 „Demokratisierung“ bedeutete für die Westalliierten auf der einen und die Sowjetunion auf der anderen Seite nicht das Gleiche. Das bürgerliche und das kommunistische Demokratieverständnis fielen geradezu konträr aus. Faktisch war für die Sowjetunion „Demokratisierung“ der Prozess der eingeschränkten Machtübernahme der von ihr gelenkten deutschen Kommunisten. Eine repräsentative Demokratie mit um die Macht konkurrierenden Parteien lehnte sie grundsätzlich ab.

7 Vgl. Steininger 1996a, S. 17 ff.

8 Vgl. Fischer/Rißmann 1995, S. 1317 f.

9 Vgl. Steininger 2002, S. 36 f.

Verbindliche Übereinkünfte über die territoriale Aufgliederung und eine einheitliche Verwaltung Deutschlands, über die konkrete Regelung der Reparationen sowie über die definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze konnten nicht erzielt werden. Kritiker wie der amerikanische Botschaftsrat in Moskau, George F. Kennan, werteten das Ergebnis, insbesondere die Polen-Erklärung, dennoch als ein Zurückweichen der Westalliierten vor sowjetischem Hegemoniestreben in Mittel- und Osteuropa.¹⁰ Die Westalliierten stimmten sogar der Regelung zu, die auf deutscher Seite kämpfenden russischen Soldaten (Wlassow-Armee), aber auch sowjetische Bürger, die in (West-)Europa Asyl erlangt hatten, in die Sowjetunion zurückzuschicken, wo sie Lagerhaft und in vielen Fällen auch der sichere Tod erwartete.¹¹

Im Abschlusskommuniqué von Jalta zeichneten sich die zukünftigen Konfliktlinien in Europa schon deutlich ab. Die Sowjetunion trachtete nach Ausweitung ihres Einflussbereiches und versprach sich von Reparationen eine rasche Behebung der Kriegsschäden und Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft. Großbritannien favorisierte die Herstellung einer europäischen Balance, weswegen es eine Aufwertung Frankreichs und eine nicht zu starke Schwächung Deutschlands wünschte. Den Vereinigten Staaten wurde zunehmend bewusst, dass ein stabiles Gleichgewicht in Mitteleuropa nur durch ein dauerhaftes amerikanisches Engagement zu gewährleisten war. Da die Sowjetunion sich einverstanden erklärte, in den Krieg gegen Japan miteinzutreten und Mitglied der Vereinten Nationen (UN) zu werden, waren die USA zu Kompromissen gegenüber der Sowjetunion bereit.¹²

Unmittelbar nach der Konferenz von Jalta verschärfte sich die Interessengegensätze unter den Kriegsalliierten. Churchill warnte nun offen vor der expansiven Politik der Sowjetunion, die unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes der osteuropäischen Völker ihre Einflussphäre auszuweiten trachtete.¹³ In einer Botschaft an Stalin vom 28. April 1945 protestierte er gegen das sowjetische Vorgehen in Ostmittel- und Südosteuropa; wenige Tage später sprach er in einem Telegramm an Truman, der den verstorbenen Roosevelt als amerikanischer Präsident abgelöst hatte, erstmals vom „Eisernen Vorhang“, der bald Europa und die Welt teilen würde. Als Konsequenz befürwortete der britische Premier eine Stärkung der jeweiligen Zonenverwaltung gegenüber der alliierten Zentrale.¹⁴

Die Haltung von Präsident Truman gegenüber der SU schwankte zwischen harten Worten und versöhnlichen Gesten. Im Gegensatz zur britischen Politik der „Eindämmung“ des sowjetischen Expansionsstrebens verfolgten die USA zumindest bis zur deutschen Kapitulation das Ziel der kooperativen Friedenssicherung durch alle Bündnispartner. Die Schwächung Deutschlands sollte über Dezentralisierung und Föderalisierung, aber nicht über eine staatliche und wirtschaftliche Teilung erreicht werden. Die Direktive JCS 1067 an den

Zukünftige Konfliktlinien

10 Vgl. Schöllgen 1996, S. 41.

11 Vgl. Steininger 1996a, S. 35.

12 Vgl. Graml 1985, S. 31 ff.

13 Vgl. Steininger 2002, S. 37 ff.

14 Vgl. Fischer/Rißmann 1995, S. 1322.

Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte befahl eine harte Linie gegenüber der deutschen Bevölkerung, sprach ein „Fraternisierungsverbot“ aus und verordnete eine rigide Aufsicht über das politische Leben im „besiegten Feindstaat“.¹⁵

Der Sowjetunion ging es unter Hinweis auf ihr Sicherheitsbedürfnis um die Erweiterung ihres Macht- und Einflussbereiches sowie um die Sicherstellung umfangreicher Reparationen. Die Grundlinien ihrer Deutschlandpolitik sollten unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Kommunisten verwirklicht werden. Maximalziel war die Kontrolle über Gesamtdeutschland. Daher sah Stalin am 9. Mai 1945 keinen Anlass, „Deutschland zu zerstückeln oder zu zerteilen“.¹⁶ Gleichwohl ließ er im internen Gespräch keinen Zweifel an der Grundlinie der sowjetischen Nachkriegspolitik aufkommen. Milovan Djilas, dem Stellvertreter Titos, erklärte er 1944: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“¹⁷

Das in den Kreis der Siegermächte aufgenommene Frankreich betrieb zunächst die nachhaltige Schwächung Deutschlands verbunden mit der Auflösung seiner territorialen Einheit. Es forderte eine internationale Kontrolle des Ruhrgebietes, die Abtrennung des Saarlandes, der gesamten links- sowie einiger rechtsrheinischer Gebiete. Erst im Sommer 1947 ließen die Ost-West-Spannungen auch Frankreich auf die inzwischen moderater gewordene deutschlandpolitische Linie der beiden anderen Westalliierten einschwenken.¹⁸

Da unter den Alliierten bis zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 noch keine Einigung über die Neugestaltung Deutschlands hergestellt werden konnte, trafen Truman, Churchill und Stalin im Juli/August 1945 zu erneuten Verhandlungen in Potsdam zusammen.¹⁹ Doch auch die hier ohne Beteiligung Frankreichs erzielten Übereinkünfte brachten keinen Durchbruch. Die getroffenen Regelungen hatten zudem nur politischen Charakter, eine völkerrechtswirksame Ratifizierung der Beschlüsse erfolgte nicht. Weiterhin verzichteten die Verhandlungspartner auf eine endgültige territoriale Aufteilung des Reichsgebietes. Wegen des zunehmenden Dissenses mit der Sowjetunion betonten die Westmächte stärker die Zuständigkeit des Alliierten Kontrollrates für Deutschland als Ganzes. Da sie jedoch gleichzeitig den jeweiligen Oberbefehlshabern Handlungsfreiheit einräumten, waren Blockaden der gemeinsamen Politik absehbar. Die Proklamation, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, wurde durch die Aufteilung in Reparationsgebiete für die einzelnen Besatzungsmächte ebenfalls unterlaufen. Hieran änderten auch die auf der Konferenz vereinbarten interzonalen Ausgleichslieferungen nichts.

In allgemeinen politischen Grundsätzen der Besatzungspolitik waren sich die Alliierten einig: Demilitarisierung, Entnazifizierung, Entflechtung der Konzerne sowie Dezentralisierung und Demokratisierung der Macht. Strittig

15 Vgl. ebd., S. 1323.

16 Vgl. ebd., S. 1325.

17 Zit. nach: Steininger 1996a, S. 86.

18 Vgl. Fischer/Rißmann 1995, S. 1325.

19 Vgl. Steininger 2002, S. 85 ff.

bzw. ausgeklammert blieben konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Ziele. Da sich die Verhandlungspartner auf der Potsdamer Konferenz nur auf grobe Zielbestimmungen und allgemeine Absprachen verständigen konnten und den kontroversen Problembereichen durch interpretationsbedürftige Kompromisslösungen auswichen, war eine der Folgen, die Teilung Deutschlands, vorgezeichnet.²⁰

2. Die Nachkriegsplanungen der KPD

Die Vorstellungen, die die deutschen Kommunisten im Moskauer Exil zur Gestaltung Nachkriegsdeutschlands entwickelten, fanden bisher wenig Eingang in Gesamtdarstellungen zur Geschichte der SBZ/DDR. Die Auswertung der seit 1990 zugänglichen Quellen bestätigt, dass die Moskauer KPD-Führung seit 1943 die Strategie verfolgte, unter dem Schutzschild der Roten Armee in Gesamtdeutschland bzw. nach Bekanntwerden der zonalen Aufteilung zumindest in den sowjetisch besetzten Gebieten eine maßgeblich von ihr bestimmte politisch-soziale Ordnung zu etablieren, wobei dieses Vorhaben mit Stalins Expansionsstreben korrespondierte. Da sich die deutschen Kommunisten den Interessen der sowjetischen Führung unterordneten, vollzog die KPD jede taktisch oder strategisch motivierte Kursänderung der Sowjetführung nach.

Zwei Jahre nach ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten hatte die KPD auf ihrer „Brüsseler“ Exil-Konferenz, die in Wirklichkeit in der Nähe von Moskau stattfand, im Oktober 1935 einen grundlegenden strategischen und taktischen Kurswechsel vorgenommen.²¹ In Nachvollzug der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) verabschiedete sie sich von der Sozialfaschismusthese,²² mit der sie selbst nach Hitlers Machtübernahme SPD und NSDAP nahezu gleichgesetzt hatte; die Sozialdemokratie galt fortan nicht länger als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“.²³

Zur zentralen Aufgabe erklärte die KPD jetzt „die Herstellung der Aktions-einheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz“.²⁴ Dies korrespondierte mit der gleichzeitigen Abkehr von der ebenfalls nach der Hitlerschen Machtergreifung weiterhin

Strategie der KPD ab 1943

„Brüsseler“ Exil-Konferenz 1935

Aktions-einheit der Arbeiterklasse

20 Vgl. Fischer/Rißmann 1995, S. 1328 f. und Steininger 1996a, S. 86.

21 Die wichtigsten Materialien der Brüsseler Konferenz sind veröffentlicht in: Mammach 1975; siehe besonders die Berichte von Pieck und Florin sowie die Resolution der Konferenz.

22 Diese 1924 von Grigori Sinowjew entwickelte und zwei Jahre später von Stalin propagierte These setzte Sozialdemokratie und Faschismus auf gleiche Augenhöhe: „Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus [...] Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingenbrüder.“ So lautete die zugespitzte Behauptung von Stalin in seinem Werk zur internationalen Lage, Band 6, S. 253. Die KPD unter Thälmann schloss sich 1929 dieser Auffassung an. Sie forderte 1931 die Liquidierung der Sozialdemokratie: „Man kann den Kapitalismus nicht schlagen, ohne die Sozialdemokratie zu vernichten.“

23 Vgl. hierzu besonders Mammach 1975, S. 86 ff. und S. 589 f.

24 Vgl. ebd., S. 588.

aufrechterhaltenen strategischen Konzeption, die die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“, eines „Sowjetdeutschlands“, als unmittelbares Kampfziel der KPD proklamiert hatte. Unter Berufung auf Lenins Diktum, die Partei müsse „die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie“ ausfindig machen,²⁵ führte Wilhelm Pieck in seinem grundlegenden Referat auf der Brüsseler Konferenz aus, dass die Erreichung des revolutionären Endzieles „nur durch die Heranführung der Massen an den Kampf um dieses Ziel auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und der Erkenntnis von der Notwendigkeit dieses Ziels möglich ist“.²⁶ Für das Teilziel „Sturz der faschistischen Diktatur“ gelte es, solche Losungen aufzustellen, die geeignet sind, „auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind.“²⁷

Die Taktik der proletarischen Einheitsfront, die bislang als „Einheitsfront von unten“, d. h. mehr oder weniger direkt als Werbung sozialdemokratischer und anderer Arbeiter für die Mitglied- und Anhängerschaft der KPD verstanden worden war, sollte nun „auf neue Art“ angewendet werden: als Aktions-einheit zwischen den beiden Parteien, ihren Organisationen und Leitungen sowie den Mitgliedern. Ausgangspunkt und Hauptinhalt der Einheitsfront und entsprechender „Abkommen“ waren der Kampf um die ständige Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen der Arbeiter, für demokratische Freiheiten und die Erhaltung des Friedens.²⁸ Die antifaschistische Volksfront, als deren führende Kraft die proletarische Einheitsfront aktiv werden sollte, war gedacht als „Vereinigung aller Gegner des faschistischen Regimes auf ein politisches Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur“ und als Kampfbündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, dem städtischen Mittelstand (Kleinbürgertum) und den Intellektuellen als „Zusammenschluss aller Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf für Freiheit, Frieden und Brot“. Darüber hinaus sollte sie die Aktivitäten bürgerlicher Oppositionsgruppen mit eigenen Aktionen verbinden.²⁹

Aus dem Aufschwung der revolutionären Massenbewegung könne sich unter den Bedingungen der politischen Krise beim Sturz des Nationalsozialismus die Möglichkeit und Notwendigkeit der Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront ergeben, „die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist“, aber „entschlossene Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion, gegen Großkapitalisten und Großagrariere durchführt und den Kampf der Arbeiterklasse und die Tätigkeit der kommunistischen Partei in keiner Weise einschränkt“.³⁰ In Zusammenhang mit dem Gedanken der Einheitsfront wurde auf der Brüsseler Konferenz außerdem bereits propagandistisch die Perspektive der „Schaffung einer einheitlichen revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats“ ins Spiel gebracht. Eine

25 Vgl. ebd., S. 172.

26 Vgl. ebd., S. 164.

27 Vgl. ebd., S. 170.

28 Vgl. ebd., S. 588 ff.

29 Vgl. ebd., S. 598 ff.

30 Vgl. ebd., S. 171 ff.

Das Buch „Der SED-Staat“ war die erste nach der Wiedervereinigung erschienene Gesamtdarstellung von Geschichte und Strukturen der DDR. Jetzt hat der renommierte DDR-Forscher Klaus Schroeder sein Buch vollständig überarbeitet und um mehrere Kapitel – u.a. Kultur, Umwelt, Sport, Rechtsextremismus, Korruption – sowie Kurzbiografien der wichtigsten politischen Akteure ergänzt. Zum Verständnis der deutschen Teilungs- und Vereinigungsgeschichte ist dieses umfassende und materialreiche Nachschlagewerk unverzichtbar.

Klaus Schroeder ist Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der FU Berlin und leitet dort den Forschungsverbund SED-Staat.

